

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: Für Leipzig und Vororte durch unsere Erleger monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, fernem Abnahme und Abgabe freier: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: Inland monatlich 1.75 M., Ausland monatlich 1.90 M., vierteljährlich 4.12 M., Ausland monatlich 4.50 M. Zweimonatlich Postfrei. Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 2mal, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abnahme nach dem Abende des Erscheinens im Voraus geliefert. Berliner Adressen: In den Seiten 17, Fernsprech-Anschluss: No. 467.

Anzeigenpreise: Die Zeitungs- und Anzeigenpreise sind in der Zeitung selbst angegeben. Die Zeitungs- und Anzeigenpreise sind in der Zeitung selbst angegeben. Die Zeitungs- und Anzeigenpreise sind in der Zeitung selbst angegeben.

Nr. 169.

Freitag, den 3. April.

1914.

Das Wichtigste.

- Die Erste Kammer erledigte am Donnerstag mehrere Staatskapitel, Petitionen und Anträge. (S. 2. Sp.)
- Die Zweite Kammer beschäftigte sich am Donnerstag mit den Staatskapiteln für die höheren Schulen und mit dem Dekret über die Staatsbeihilfen für die Volksschulen. (S. 2. Sp. und 3. Sp.)
- Das Befinden des schwedischen Königs hat die Vererbung eines Spezialisten für Magenkrankheiten nötig gemacht. (S. Ausland.)
- Spanische Blätter melden eine beabsichtigte Zusammenkunft der Könige von England und von Spanien auf den Kanarischen Inseln. (S. Ausl.)
- Die Putlow-Werke und eine Anzahl großer Betriebe haben gegen 60000 Arbeiter angestellt. (S. Ausland.)
- Der Dichter Paul Heyse ist am Donnerstag nachmittag in München gestorben. (S. S. 2.)

Kleinasien und Afrika.

Som Kaiserl. Legationsrat
Friedr. v. Richter, R. d. R.

Die Subkommission des Deutschen Reichstages hat in ihren letzten Sitzungen vor Beginn der Osterferien den Etat des Auswärtigen Amtes mit großer Gründlichkeit erörtert. Sie hat sich aber darauf beschränkt, die so außerordentlich wichtige Frage der Reform unseres auswärtigen Dienstes zu behandeln. Die schwedischen großen Fragen der Politik wurden am Ende des Monats April verhandelt. Albanien werden diese zu einer eingehenden Besprechung gelangen, als dies bisher der Fall war; wenigstens deutet hierauf der Umstand hin, daß die Kommission den an sich nicht üblichen Beschluß gefaßt hat, den Reichsfinanzler zu diesen Sitzungen zu erscheinen. Die Verdrängung der Behandlung der jetztigen schwedischen und zweifellos ungleich wichtigeren politischen Fragen hat ihren Grund darin, daß man erwartet, daß bis dahin die gegenwärtigen zwischen Deutschland, England und Frankreich bezüglich Kleinasien und Zentralafrika augenscheinlich noch im Gange befindlichen Verhandlungen ihren definitiven Abschluß gefunden haben werden. Seitdem hat sich wohl so stark wie bei der Behandlung dieser Frage gezeigt, daß unsere auswärtige Politik in erster Linie eine Wirtschaftspolitik sein muß, und daß heutzutage rein politische Fragen internationaler Art ohne einen wirtschaftlichen Hintergrund kaum noch denkbar sind. Daß die Regelung unserer wirtschaftlichen Interessen in Kleinasien und Afrika hochpolitische Konsequenzen nach sich ziehen und das gegenwärtige Verhältnis der drei kontrahierenden Staaten wesentlich beeinflussen wird, bestätigt nur das Gesagte. Das starke Hervortreten des wirtschaftlichen Charakters in diesen Verhandlungen zeigt sich aber nicht nur äußerlich in dem Hin- und Hergehen der Berliner, Pariser und Londoner ersten Finanzkrisen, sondern vor allem auch in der Tatsache, daß die für das Ausland verfügbaren finanziellen Mittel der einzelnen Staaten den Inhalt der abzuschließenden Verträge außerordentlich beeinflussen werden. Man wird sich daher nicht darüber wundern dürfen, wenn Frankreich bei diesen Verhandlungen besonders gut abschneidet, obwohl die französische Regierung in letzter Zeit infolge des Verhaltens der Pariser Finanzkrisen und der Bestimmungen des dortigen Publikums augenscheinlich größere Schwierigkeiten als sonst gehabt hat, den Ruf Frankreichs als erster Geldgeber der Welt aufrechtzuerhalten. Die Türkei, wie alle einer neuen wirtschaftlichen Zukunft entgegengehenden Länder, braucht naturgemäß vor allem Geld, und dieses Geld, das auch die Grundlage für das für Kleinasien in Aussicht genommene Eisenbahnbau abgibt, wird aus französischen Kassen fließen. Aus diesem Grunde hauptsächlich wird es wohl den Franzosen gelingen, sich Syrien bis hart an die zur Bagdadbahn gehörige Strecke Alexandrette-Meppa heran zu einer französischen Einflusssphäre zu gestalten, wobei — ein englisches Einverständnis vorausgesetzt — die Frankreich im Mittelmeer zu Gebote stehende starke Flotte gegebenenfalls die erforderliche tatsächliche Unterstützung jederzeit zu gewähren in der Lage sein würde. Frankreich wird aber wohl außerdem noch wichtige Eisenbahn-Konventionen in Nord-Kleinasien erhalten, also in dem Gebiete, das früheren türkisch-russischen Vereinbarungen zufolge ausschließlich dem russischen Einflusse unterliegen sollte. Zum Bau dieser Bahnen hat daher unzweifelhaft ein russisches Einverständnis vorgelegen, und hier profitiert die

französische Finanz und die französische Industrie vom dem starken Einflusse, den die gleichen Finanzkrisen sich durch die enormen in Paris aufgelegten russischen Anleihen zu verschaffen gewußt haben. Diese Bahnen, die von dem alten Kaiserstadt Trapezunt ins Innere Kleinasiens vordringen und die Verbindung mit der Bagdadbahn herstellen sollen, werden die Aufgabe haben, außerordentlich fruchtbare Gebiete dem modernen Verkehr und der Kultur zu erschließen. Sie werden aber namentlich nach Herstellung einer Verbindung nach dem russischen Transkaukasien den russischen Aspirationen auf Armenien Vorstoß leisten und das militärische Uebergewicht Russlands in diesen türkisch-russischen Grenzgebieten ein für allemal festlegen.

Man muß als sicher annehmen, daß für Deutschland nach Abschluß dieser Verträge alle Ergebnisse für die Durchführung der Bagdadbahn bis nach Bakra beseitigt sein werden. Das ist an sich zweifellos ein großer Erfolg. Die bisher aber noch offene Frage, deren Beantwortung am Ende dieses Monats im Deutschen Reichstage erwartet wird, geht dahin, in welchem Umfange — sowohl geographisch als auch materiell — und durch welche Garantien der deutsche wirtschaftliche Einfluß in den von der Bagdadbahn und ihren Anschlussbahnen, namentlich denen nach Mesina und Alexandrette, durchzogenen Gebieten beherrschend werden soll. Soweit Mesopotamien in Frage kommt, haben sich gewisse Besorgnisse eingestellt infolge der starken englischen Interessen, die vor allem auf dem Gebiete der Fruchtbarmachung weiter vordringend durch großartige Bewässerungsanlagen und der Mineralgewinnung liegen. Da fernher damit zu rechnen ist, daß neben der Ueberlassung Syriens an Frankreich, des Kleinasien-Kordostens an das französisch-russische politische Konjunktum, auch Italien gewisse Rechte im westlichen Kleinasien zugesichert erhalten wird, und außerdem Englands Sympathie über Arabien und den Persischen Golf festgesetzt wird, so kann man die Spannung verstehen, mit der die Erklärungen des Reichsfinanzlers erwartet werden, in welcher Weise die deutschen Interessen, abgesehen von der Finanzierung der Bagdadbahn, ihre Sicherstellung in den oben bezeichneten Gebieten Anatoliens und Mesopotamiens gefunden haben.

Soweit man erfährt, geht ganz getrennt von diesen Verhandlungen die Besprechung zwischen Berlin und London über die zukünftige Ausbreitung unserer kolonialen Einflusssphären in Zentralafrika. Die dringend wünschenswerte sie für uns namentlich im Südwester-Afrika ist, haben die letzten kolonialpolitischen Verhandlungen im Reichstage insbesondere bei der Behandlung der Frage der Ovambo-Bahn ergeben. Es wird aber vor allem darauf ankommen, daß hier ein tatsächlicher Schritt vorwärts getan wird. Sollte man nur neue platonische Abmachungen treffen, so würde das mit Rücksicht auf das Fortbestehen des deutsch-englischen sog. Geheimvertrages von 1898, der nach unbestritten vielfachen öffentlichen Behauptungen die Teilung der portugiesischen Kolonien Kambique und Angola zum Gegenstande hat, wenig Wert haben. Durch alle die Verhandlungen sind wir bei den Portugiesen natürlich nicht beliebt geworden. Und die Portugiesen, welche unserem Handel beratliche Schwierigkeiten bereiten, daß sie ihre eigenen Waren bei der Einfuhr in ihre Kolonien um 90 Prozent des Zolles gegenüber den fremden besser stellen, werden nicht daran denken, dem deutschen Handel nur auf Grund eines deutsch-englischen Vertrages hin irgendwelche Erleichterungen oder gar deutschen Unternehmern die geringsten Konzessionen zu gewähren, es sei denn, daß für uns die Bahn zur Ausübung eines gewissen Druckes gleichfalls durch den neuen Vertrag freigegeben wird. Auch hierüber erwartet man, demnächst Bestimmtes zu hören.

Schulbeihilfen und höhere Schulen.

(Stimmungsbild aus dem Landtage.)
— Dresden, 2. April.

Die dritte Dauer Sitzung in dieser Woche! Sie gilt unterem Schatzwesen, einer Sache, die wohl einer eingehenden Aussprache wert ist. Kapitel 94 und 95 des Etats, um die es sich handelt, haben es zwar eigentlich nur mit den höheren Schulen zu tun. Da aber zugleich das Dekret Nr. 5 über die anderweitige Regelung der Staatsbeihilfen für die Volksschulen mit verhandelt wird, so ist damit auch die Volksschule zur Debatte gestellt, fürwahr ein gewaltiges Feld, auf dem Wünsche wie Urteile die Menge wachsen.

Das Dekret 5 über die Schulbeihilfen hat der Deputation viel Mühe und Arbeit gemacht. Sie tritt in zwei Lagern vor das Plenum. Die aus Konserwativen und Nationalliberalen bestehende Mehrheit der Deputation wollte entsprechend der Regierungsvorlage die Schulbeihilfen, die an die einzelnen Gemeinden zu entrichten sind, nach der Zahl ihrer Schulkinder berechnet wissen. Sie hat 2/3 Stimmen dafür getroffen, daß keine Schulgemeinde in Zukunft schlechter gestellt sein kann als bisher. Die Nationalliberalen haben Bedenken, die

er Lösung zuzustimmen. Sie vermissen vor allen Dingen die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Gemeinden und befürchten, daß durch die Neuerungen der Anstöße gewährt, die Klassen möglichst klein und die Lehrkörper möglichst groß zu erhalten. Aber trotz dieser Bedenken, die von den Abgeordneten Dr. Seuffert und Hettner zum Ausdruck gebracht werden, haben sie zugestimmt, weil sie der Meinung sind, daß die unter unerschütterlich hohen Schulkosten leidenden Gemeinden bis zu 10 % Staatsbeihilfen für jedes einzelne Schulkind erhalten können. Gegen diesen Vorschlag ist neben manchen anderen einzuwenden, daß er in der Praxis undurchführbar ist schon darum, weil sich die Höhe des Einkommensverhältnisses alle Jahre vermindert. Wie schon gesagt, treten Fortschrittler und Sozialdemokraten für dieses Minderheitsgutachten ein.

Die beiden Staatskapitel geben Anlaß zu den verschiedensten Meinungen. Zum Teil betreffen sie mehr äußerliche Dinge, wie Titel und Rang der Lehrer, von denen die Linde des Hauses aber nichts wissen will; zum Teil betreffen sie sich auf die Stellung der nichtabemittelten Lehrer an den Seminaren, deren Wünschen der Kultusminister entgegenzukommen in Aussicht stellt, falls ein entsprechender Antrag sich erfordern sollte. Der Konservative Dr. Kangerl bringt eine Kasse für die Einrichtung von Schulhelmen. Etwas mehr den inneren Schulbetrieb betreffen die Wünsche auf die Ausgestaltung des Turn- und Zeichenunterrichts. Dr. Steche propagiert den Gedanken, dem Elternteil Eingang in den Schulen zu verschaffen. Davon will die Regierung nichts wissen. Doch hat sie aber nichts dagegen, wenn Gemeinden, um den privaten Unterricht in dieser Richtung zu fördern, unentgeltlich Schulräume zur Verfügung stellen wollen. Der Freihändler Koch, ein als Seminarlehrer wirkender Theologe, bringt die bestrebende Tatsache zur Sprache, daß ein Theologe, der vor der Öffentlichkeit die Dogmen im Sinne Richters behandelt habe, nicht mehr zum Religionsunterricht in den oberen Klassen zugelassen werden sei. Der Kultusminister entgegnete mit dem etwas blaffen Gedanken, die Staatsregierung sei in diesen Dingen sehr wohlwiegend, fordere aber von den Lehrern einen gewissen Takt, wenn sie sich vor der Öffentlichkeit vernehmen lassen. Dr. Seuffert schließt die leidige Frage des Lehrerüberflusses an und empfiehlt als Mittel zu dessen Behebung, in Zukunft mehr zurückhaltender zu sein in der Gründung neuer Schulen, insbesondere in den Großstädten. Der Freihändler Dr. Dietel machte für das Uebel die Tatsache verantwortlich, daß viele Eltern ihre Kinder bis zum Einjährig-Freiwilligenzuge bringen wollten. Die Aufhebung dieses Privilegiums würde der Ueberfüllung der Mittelschulen ohne weiteres steuern.

Einen wesentlichen Teil der Debatte nahm die Frage der Jugendpflege in Anspruch. Der Sozialdemokrat Lange behandelte die Sache mit aller Glut, deren einseitiger Idealismus fähig ist. Er flagte so ziemlich alles an, was nur irgend an der Jugendpflege teil hat und bezeichnete es als ein Verbrechen, wenn der Gendarm mit rauher Hand in die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus eingreife. Er machte sich von dem nationalliberalen Abg. Hettner jagen lassen, daß allerdings eine Kluft zwischen Schule und Elternhaus sich bemerkbar mache, aber Schulbarum trage die Partei, die sie mit allen Mitteln künstlich geschaffen habe und eifrig zu erhalten bestrebt sei, nämlich die Sozialdemokratie. Durch den Mann, mit dem die Bescheidigten auf diese Feststellung antworteten, bezugten sie nur, wie gut der Fied sah. Diesen Eindruck zu verwischen, bemühte sich nachher der Sozialdemokrat Hilg zwar sehr unschlüssig, aber recht wenig erfolgreich. Unter großer Bewegung im Hause fragte der nationalliberale Abg. Richtke: Weshalb an, wenn die Antwort auf die Frage zu erwarten sei, wie es komme, daß noch immer drei Lehrer an katholischen Seminaren in Baugen wissenschaftlichen Unterricht erteilen, die den Modernitäten nicht gewachsen haben. Die Antwort des Kultusministers auf diese, alle protestantischen Kreise peinlich berührende Angelegenheit fiel sehr genau aus. Er meinte, daß noch keine Beobachtung gemacht worden sei, die zum Einschreiten gegen jene drei Lehrer nötig sei. Er wird wohl selbst nicht der Meinung sein, daß diese Erklärung geeignet ist, Beruhigung zu schaffen. Im Gegenteil!

Konservationen allen Anlaß, vor der eigenen Tür zu kehren. Er jagte dann unter scharfen Angriffen gegen die liberalen Parteien, nicht zum ersten Male, Stimmung gegen das beabsichtigte allgemeine liberale Abkommen für die nächsten Landtagswahlen zu machen. Dieses Abkommen ist im Prinzip von den zur Landtagswahl inszenierten, nämlich von den Landesausführungen der beiden liberalen Parteien, gebilligt worden. Für die Liberalen ist dabei maßgebend die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes, das sich mit den Bedürfnissen des Liberalismus deckt. Die konservativen Wünsche, die mit jenen beiden Erfordernissen im Widerspruch stehen, können für sie kein Befehl sein. Das möge man im konservativen Lager doch endlich einmal begreifen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben in ihrem Leitartikel zu dem Obigen Artikel: „Wir haben selber bereits ein weiteres Zusammengehen der Nationalliberalen und der Freijünglinge für unmöglich erklärt.“ Dann ist es auch noch so; denn die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sind kein nationalliberales Blatt, und sie sind auch in ihrem Gesamtverhalten nicht dazu legitimiert, auf die Politik der nationalliberalen Partei einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Das mögen sich unsere Freunde im Lande vor Augen halten.

Die Angriffe des Geh. Hofrats Opiß gegen die Nationalliberalen gehen freilich auch dem Blatte, das ihnen Aufnahme gewähren zu müssen meint, „etwas zu weit“. Dieser neue Ausfall des Herrn Geheimrat Opiß soll denn auch wohl in erster Linie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der unverständlichen Insubordination der liberalen Konservationen ablenken, die am vorigen Montag in der Geheimgedekung bei der Beratung über die Reform der Ersten Kammer von konservativer Seite wieder einmal ganz einwandfrei nachgewiesen worden ist. Das aber wird nicht gelingen.

Der Führer der konservativen Landtagsopposition polemisiert mit Vorliebe gegen die Nationalliberalen, vertritt die Ansicht der „Sammlung“. So auch damals, als er in der Presse behauptete, in dem liberalen Wahlkomitee für die Wahl hätten die liberalen Parteien die Wahlfreiheit der Konservationen unter sich geteilt, die der Sozialdemokraten dagegen in Frieden gelassen. Jene Behauptung aber war durchaus un wahr; widersprach dem Wortlaut des Abkommens, das sowohl der Nationalliberalen als den Fortschrittlichen eine sozialdemokratische und je einen konservativ vertretenen Wahlkreis wies; ist widerlegt worden durch die Ergebnisse im 2. landesliberalen Wahlkreis, den das Zusammengehen der Liberalen den Sozialdemokraten entriß. Der nationalliberale Abg. Hettner hatte den Abg. Opiß überdies in der Presse auf das Unzutreffende seiner Behauptung aufmerksam gemacht. Der Abg. Opiß hat auf dem Teilnehmern Artikel kein Verstehen gegen die Nationalliberalen fortgesetzt, hat es aber bis zur Stunde nicht für seine Anstandsspflicht gehalten, jene unwahre Behauptung, die die Liberalen in der Öffentlichkeit hätte distanzieren sollen, zurückzunehmen. Ein solches Verhalten ihres Führers müßte den sächsischen Konservationen eigentlich peinlich sein. Zugegeben aber: Die anderen geht's nichts an.“

Eine Reise in Rußland.

Reben den Raumverhältnissen seines Landes imponiert den Russen nichts so sehr, wie der Reichtum. Er mag noch so ärmlich angewandt werden, bleibt als solcher bewundernswürdig. Wenn der gutmütige, einfühlige, bescheidene Mann, der vor einem Menschenalter auf dem damals noch kerkendeutschen baltischen Gymnasium aus in der Geheimnisse der russischen Sprache einzuführen hatte, gelegentlich einmal das Verlangen äußerte, auf ein Schulbathen Einbruch zu machen (wir schauten im allgemeinen nicht gar respektvoll auf ihn und seine Kasse), erzählte er: Die Moskauer Kaufleute wären so reich, daß sie in der Trunkenheit Batterien vom teuersten Selt ausführen ließen und damit in den Luxusrestaurants kostbare, vom Fußboden bis zur Decke reichende Spiegel einschlugen. Man sieht da in die verborgenen Hallen der russischen Pjake. Die ist noch ganz und gar primitiv. Auch wo sie sich unter Stad, Smetling und Luchstiel verbergt, im Grunde nicht viel anders konstruiert, als die bei ein paar Eisenbahntage ostwärts nomadisierenden Fremdwörter. Dort wird geschätzt, wer über die meisten Beiden gebietet, obgleich er an Lebensformort nicht mehr besitzt als der letzte seiner Aechte, und hier, wer genug Rubel aufsummt, um sie in Rußland und Hartheit zum Fenster hinauszuwerfen. In keinem anderen Lande wird man bei der Beschäftigung sogenannter „Lebenswürdigkeiten“ von den Erklärern und Führern immer wieder mit solcher Abfälligkeit darauf gelehrt, wieviel die ganze Herrlichkeit gelost hat.

In Petersburg haben sie über der Stelle, wo an jenem Märztag von 1881 den von der Balletprobe heimkehrenden Alexander II. die tödliche Bombe traf, aus den Gaben von Provinzen Städten, Kreisen und sächsischen Korporationen eine Gedächtnis- und Sühnefeier errichtet. Eine Majolikazugle in Grün und Blau und Gelb, wie sie Alexander III. als Veranlassung des nationalen Stills erschien. Zudem nur eine Nachahmung: das Original steht auf dem Roten Platz zu Moskau. Hier wenige Schritte von der alten Richtstätte, die für diesen erlittenen Geiß zugleich eine Art Schaubühne war (wenigstens veräümt er es nie, umringt von seinem Hofstaat, von der Linde der Kremliuauer den Hinrichtungen belagerten), hatte Joan IV. der Graninai, schon

Die sächsischen Nationalliberalen gegen Herrn Opiß.

Die parteiamtliche „Sächsische Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich in sehr bemerkenswerter Weise mit dem jüngsten Angriff des Führers der konservativen Landtagsopposition, des Abg. Opiß, gegen die Nationalliberalen und legt zugleich nochmals dar, daß das liberale Abkommen für die Landtagswahlen 1915 unerschütterlich fest steht. Die bedeutsame Rundgebung lautet:

„Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ brachten einen Artikel: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, den Geh. Hofrat Opiß, Führer der sächsischen konservativen Landtagsopposition, zeichnet. Er spricht zunächst über den Wahlausgang in Borna-Vogau in dem bekannt konservativen Sinne, aber ohne überzeugende Kraft. Außerdem haben die